

Werk

Titel: Zur Geschichte der Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Peri...

Autor: Adams, Henry B.

Ort: Tübingen

Jahr: 1879

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345616871_0035|log30

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Zur Geschichte der Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Periode von 1789—1816.

Von Dr. **Henry B. Adams** aus Baltimore ¹⁾.

I. Artikel.

Die Besteuerung in den Vereinigten Staaten ist so eng verknüpft mit politischen, commerziellen und industriellen Fragen, dass jeder Versuch, dieselbe zu verstehen, ausgenommen, wenn sie im Lichte der allgemeinen Geschichte betrachtet wird, erfolglos bleiben muss. Während der revolutionären Streitigkeiten wurde die Steuerfrage in ihren Beziehungen zu den Rechten und Freiheiten des Unterthanen betrachtet. Es wurde zugegeben, dass das »House of Commons« den brittischen Colonien durch Handelsregulirungen, »äussere Steuern« auferlegen könne; aber das Recht, »innere Steuern« zu erheben, wurde dieser Körperschaft abgesprochen. Dieser Unterschied entstand aus der Auffassung, dass die erste Art, Steuern aufzuerlegen, ein legislativer, die zweite ein repräsentativer Act sei. Von 1776 bis 1783 war die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrem Character revo-

1) Anm. der Redaction. Diese Arbeit rührt von einem jungen, in Berlin studirenden nordamerikanischen National-Oekonomen her. Sie ist ursprünglich englisch geschrieben und dann übersetzt worden. Trotz mehrfacher Revisionen sind manche Anglicismen nicht zu beseitigen gewesen, was dem Werth der Arbeit keinen Abbruch thun wird. A. Wagner.

lutionär; ihre Wirksamkeit und Kraft entsprang aus einer Empfindung gemeinsamer Gefahr vor einem gemeinsamen Feinde. Von 1783 bis 1789 war die Verwaltung des Staaten-Congresses in Uebereinstimmung mit den Artikeln der Konföderation. Sie erlangte keine executive Gewalt durch letztere, sondern wurde durch sie beschränkt nur auf die Rechte einer berathenden Versammlung. Im Jahre 1789 wurden die Staaten durch den Act der Annahme der Verfassung zu einer Republik vereinigt, welche der Welt eine vollständig neue Idee präsentierte, diejenige einer nationalen, centralisirten Regierung mit beschränkter Staatsgewalt, soweit alle Staaten interessirt waren.

Unter den äusseren Ursachen für diese drei auf einander folgenden Schritte in der Entwicklung des amerikanischen Volkes, vermittelt welcher eine unabhängige Nation aus 13 abhängigen Colonien gebildet wurde, ist keine so hervorragend, als das Finanz- und Steuerwesen, und vielleicht giebt es keine Frage, deren Geschichte so vollkommen das Innerste der Nation zeigt.

In der gegenwärtigen Skizze werden wir unsre Untersuchungen beschränken auf die erste Periode der amerikanischen Finanzgeschichte, das heisst: auf die Periode, welche reicht von dem Zusammenkommen des Congresses 1789 bis zur Abschaffung aller existirenden Steuergesetze, um Platz für neue Bestimmungen zu schaffen, im Jahre 1816. Wir werden zuerst sprechen von den Tarifgesetzen dieser Periode, zweitens von der inländischen Verbrauchs-Besteuerung, drittens von der directen Besteuerung, und mit einem Vergleiche über die Ergebnisse der verschiedenen Formen der Steuern und einer Kritik über das ganze System schliessen. Ferner liegt es in unsrer Absicht, gewisse Thatsachen, welche neues Licht auf die Schutzzoll-Politik in dieser alten Gesetzgebung werfen können, zu erörtern.

I. Tarifgesetze.

Die Aufrechterhaltung des öffentlichen Credits war die wichtigste Frage, welche die Aufmerksamkeit des ersten

Congresses in Anspruch nahm; daher ging die erste Bill, welche in dem Hause der Abgeordneten debattirt wurde, darauf aus, festes öffentliches Einkommen zu beschaffen. Diese Bill wurde im Hause verhandelt vom 8. Mai bis zum 1. Juni 1789; sie wurde von dem Senate amendirt, revidirt von einem Conferenz-Comité und wurde schliesslich von dem Präsidenten unterzeichnet am 4. Juli 1789.

Die Wichtigkeit dieser Acte scheint eine detaillirte Besprechung hinlänglich zu rechtfertigen. Obgleich diese Bill nur eine vorübergehende Massregel sein sollte, war sie doch in Wirklichkeit die Grundlage der Tarif-Politik bis 1816. Auf der andern Seite waren die Ideen, welche sie verkörperte, nicht neu, da das Gesetz gegründet war auf die 5procent Zoll-Akte von 1783¹⁾, welche von den meisten Staaaten gebilligt wurde.

Dieses Gesetz giebt am vollkommensten wieder, was unter den wahren Interessen des Landes verstanden wurde, da es angenommen ward, ehe eine scharfe Trennung der Partheien vollzogen war, und da kein Vorurtheil seine Urheber in Bezug auf ökonomische Erwägungen verblendete. Es²⁾ legte specificirte Tarifizölle auf zweiundzwanzig Klassen von Artikeln. Diejenigen, in Beziehung auf welche verschiedene Meinungen möglich sind, sind die folgenden:

Specificirte Zölle:

Spirituosen nach der Probe	8—10 Cents per Gallone,
Wein » » Qualität	10—18 » » »
Melasse	2 ¹ / ₂ » » »
Bier, Ale, Porter in Fässern	5 » » »
» » » und Apfelwein in Flaschen	20 » per Dtz.
Zucker	1—3 » per Pfd.
Thee aus China in amerik. Schiffen	6—20 » » »
Kerzen von Wachs oder Wallrath	6 » » »
Talglichte, Seife, Käse	2 » » »

1) Debates of Congress, den 8. April.

2) Gesetz vom 4. Juli 1789.

Stiefel 50, Lederschuhe 7, Schuhe	
von Seide	10 Cents per Paar,
Taue und getheerte Stricke	75 » per Centner,
Ungetheerte Stricke	90 » » »
Seile und Packzwirn	200 » » »
Verarbeiteter Stahl	50 » » »
Grosse und kleine Nägel	1 » per Pfd.
Verarbeiteter Tabak	6 » » »
Indigo	16 » » »
Hanf	60 » per Centner,
Gesalzne Fische	75 » per Fass,
Getrocknete Fische	50 » p. Viertel Fass.

Ad valorem Zölle:

10 %	{	Glas aller Arten, ausgenommen schwarze Quart-Flaschen,
		Porzellan, Steingut und irdene Waaren.
		Schiesspulver, Farben,
		Schuh- und Knie-Schnallen, Gold- und Silber-Tressen, Blattgold.
7½ %	{	Leere Bücher, Papier, Möbel,
		Fertige Kleider, Hüte, Handschuhe, Putzartikel,
		Gold und Silber, plattirte Waaren, Juwelen,
		Eisenstangen, gewalztes Eisen, Gusseisen, Anker, Zinn und Pewter-Waaren.
15 %		Wagen oder Theile davon.
5 %	{	Alle anderen importirten Artikel, diejenigen ein-
		geschlossen, die aus Wolle, Baumwolle und Leinen gemacht sind.

Die Liste der steuerfreien umfasste:

Salpeter, alte Metalle, als Rohstoffe betrachtet, Eisen- und Kupferdraht, Wolle, Baumwolle, Farbehölzer, Häute und Pelzwerk.

Die obige Aufzählung, obgleich nicht ganz vollständig, genügt doch, um den Geist des Gesetzes zu zeigen. Es giebt zwei Fragen zum Schluss zu erörtern in Bezug auf diesen Tarif-Akt von 1789, die eine in ihrem Charakter historisch, die andere ökonomisch. Die historische Frage ist, ob das

Gesetz die Behauptung rechtfertigt, dass die Staatsmänner von 1789 damit den Grund zu der Schutzzollpolitik legten, welche der Gegenstand so vieler Diskussionen in den Vereinigten Staaten gewesen ist. *

Die ökonomische Frage ist: war es, in Anbetracht aller Umstände, ein gutes Gesetz, d. h. ein Gesetz, welches die Oekonomie der nationalen Einkommensquellen in richtiger Weise berücksichtigt?

Um jeden dieser Punkte genügend zu erledigen, ist es nöthig, die drei folgenden Fragen zu beantworten:

1) Welches waren die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, mit Rücksicht, auf welche dieses Gesetz angenommen wurde?

2) Welches war der ökonomische Zustand des Landes, und bis zu welcher Ausdehnung war derselbe den Mitgliedern des ersten Congresses bekannt?

3) Welche ökonomischen Grundsätze über Besteuerung und Handel waren es, welche die Staatsmänner von 1789 leiteten?

1) Die Beziehungen zum Auslande.

In der ersten Session des ersten Congresses wurden nur die folgenden Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und ausländischen Mächten vorgelegt: der Friedensvertrag mit Gross-Brittannien, »Freundschafts- und Handelsvertrag« mit Frankreich, Schweden, Preussen und den Niederlanden und »Friede und Freundschaftsvertrag« mit Marokko. Handelsverkehr mit allen andern Ländern war nach allgemeinem Völkerrecht der eigenen Gesetzgebung jedes besonderen Landes unterworfen. Den Verträgen mit Frankreich, Schweden, Preussen und den Niederlanden war das Princip der Reciprocität zu Grunde gelegt.

Sie bestimmten, dass »freie Schiffe freie Güter und Personen machen sollten«, mit Ausnahme solcher Personen, die thatsächlich im Dienste eines Feindes waren. Es war auch jeder contrahirenden Partei eventueller freier Handelsverkehr gestattet mit dem Feinde der andern. Nur in Bezug auf

den Tonnengehalt werden diese Verträge wichtig, da sie Licht auf die finanziellen Debatten des ersten Congresses werfen.

Gewohnheit, Aehnlichkeit in der Lebensweise und der lange Credit, welchen englische Kaufleute gerne gaben, machten den Handel mit Gross-Britannien wichtiger, als den mit allen andern Nationen. Vom September 1789 bis September 1790 gingen von 20 Millionen Ausfuhr nach 13 fremden Ländern 9 Millionen nach Gross-Britannien und seinen Besitzungen¹⁾. Gleichwohl war nur eine einzige Clausel in Bezug auf den Handel in den Friedensvertrag mit Gross-Britannien aufgenommen, nämlich diejenige, welche freie Schifffahrt auf dem Mississippi für beide Nationen proclamirte. Um die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern zu verstehen, ist es nothwendig, die Handelspolitik Englands zu beachten, und die Anstrengung, welche es machte, um dasselbe auf die amerikanischen Staaten anzuwenden, beim Schlusse des Revolutionskrieges. Diese Politik war auf das Mercantil-System gegründet, und war hauptsächlich darauf gerichtet, die Kaufleute des Reiches zu nöthigen, ein- und auszuführen in brittischen Schiffen.

Diesem System gemäss war »der einzige Zweck der Colonien den Waaren des Mutterlandes einen monopolistischen Absatz zu sichern. Unser letzter Krieg wurde wegen des exclusiven Handels mit Amerika unternommen und unsre enorme Schuld hat in diesem Umstande ihre Ursache«²⁾.

Ogleich der Vertrag von 1783 die Unabhängigkeit der Colonien anerkannte, so war man doch durchaus nicht gesonnen, jene Handelspolitik nunmehr fallen zu lassen. Es war nun die Absicht Gross-Britanniens, durch Schifffahrtsakte wieder zu gewinnen, was es durch den Krieg verloren hatte.

Im Jahre 1783 brachte Mr. Pitt im Parlament einen Gesetzentwurf ein, welcher die Handelsverhältnisse zwischen England und Amerika betraf; »wäre derselbe durchgegangen,

1) Coxe »View of the United States« S. 285.

2) »Sheffield's Observations« S. 138.

so würde er den Grund zu einer dauernden Freundschaft gelegt haben, aber, sagt Lord Sheffield, wäre er durchgegangen, so würde er die ganze Seemacht von England untergraben haben«¹⁾). Nach der Ablehnung dieser Bill gewährte das Parlament dem König und dem Privy Council die Befugniss, den Handel mit Amerika zu reguliren. Die erste Akte, welche unter dieser Befugniss erlassen wurde, datirte vom 26. Dezember 1783 und diese wurde thatsächlich nicht geändert bis 1794. Diese Verordnung erlaubte den Import von Rohstoffen, welche das Gewächs oder Produkt irgend eines der Vereinigten Staaten von Amerika wären; sie waren der Zahlung des gewöhnlichen Zolles unterworfen, »wenn sie von brittischen Unterthanen in brittischen Schiffen eingeführt würden«²⁾).

Die Produkte der Forste, der Viehzucht und des Ackerbaus von Amerika konnten nach Westindien nur in brittischen Schiffen exportirt werden, ebenso durften Rum, Zucker, Melasse u. s. w., die Erzeugnisse jener Inseln, nur in solchen Schiffen nach den Ver. Staaten gebracht werden.

Durch solche Regulirungen dachte England den ausschliesslichen Handel Amerikas für sich zu erhalten.

Dieser Politik durch Gegenregulirungen oder Repressalien zu begegnen, war eines der Objekte, welches die Staaten im Auge hatten, als sie den Congress mit dem Rechte »den Handel zu reguliren«, bekleideten.

England verneinte, dass irgend ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten nothwendig sei. Wie es Sheffield ausdrückt: »Es ist unmöglich, irgend einen thatsächlichen Vortheil zu nennen, den die amerikanischen Staaten uns geben können oder wollen, welchen wir nicht selbstverständlich haben werden«³⁾).

Diese Meinung war auf eine sorgfältige Prüfung der Art von Waaren begründet, welche die Vereinigten Staaten verbrauchten, und die England liefern konnte, und wenn man die Handelsstellung Englands betrachtet und sein grosses

1) »Sheffield's Observations« S. 3.

2) »Anderson on Commerce« Bd. IV. S. 516.

3) »Sheffield's Observations« S. 199.

Capital, welches erlaubte, dass Waaren auf langen Credit verkauft wurden, dann muss man anerkennen, dass die englische Verwaltung sich keine Illusionen machte in der Erwartung, den Handel der Vereinigten Staaten für sich zu behalten, ohne ein einziges Privilegium zu gewähren. Die Ausübung einer solchen Politik erschien den Amerikanern ungerecht und ihre Interessen schädigend, und sie erwarteten, dass eine centralisirte Regierung Massregeln ergreifen würde, sie vor deren üblen Wirkungen zu beschützen¹⁾.

2) Oekonomischer Zustand der Vereinigten Staaten im Jahre 1789.

Diejenige Kenntniss eines Landes, welche ein genaues Verständniss seines Reichthums und seiner Hilfsmittel geben soll, muss die Anzahl und den Charakter seiner Bevölkerung umfassen und die Erwerbszweige, mit welchen sich seine Einwohner beschäftigen.

Die Bevölkerung der Colonien war während des Krieges überschätzt worden, und die erste Zählung im Jahre 1790 war eine Enttäuschung für das amerikanische Volk.

Die Zählung ergab:

Weisse Männl. von 16 Jahren und aufwärts	813,298
» » unter 16	802,327
» Weibl.	1,556,839
Alle andre Personen, Freie Schwarze	59,466
Sklaven	697,879
Total der Einwohner	3,929,827

Diese Classificirung hat ihre Bedeutung für die Festsetzung der Anzahl von Abgeordneten für jeden Staat, und in der That war dieses der Zweck, wesshalb die Zählung vorgenommen wurde. Indessen wenn man statistische Durchschnittszahlen für jene Zeit anwendet, so mag der Theil der Bevölkerung, welchen man die arbeitende Klasse nennt, obgleich nicht alle das nöthige Alter hatten, auf 3,049,000 geschätzt werden.

1) Vgl. die Petitionen an den Congress in *American State Papers*, B. I.

Die Arten des wirthschaftlichen Betriebes, auf welche die Arbeit des Landes gerichtet war, kann man nur aus politischen Essays, Reden und Adressen kennen lernen.

Die weitaus wichtigste Wirthschaftsart in den Vereinigten Staaten war der Ackerbau. Franklin sagte 1789 sogar von Neu-England: »Die sorgfältigsten Berechnungen bringen den Theil des Besitzes oder die Zahl der Leute, welche in Manufakturen, Fischereien, Schifffahrt und als Kaufleute beschäftigt sind, nicht auf ein Achtel des Besitzes in Grund und Boden und der Menschen, welche durch Ackerbau, sogar in jenem commerziellen Gebiet beschäftigt sind.« Coxe schätzte in demselben Jahre, dass neun Zehntel der Bevölkerung der Staaten in Ackerbauunternehmungen thätig seien ¹⁾

Die Debatten im ersten Congress zeigen, dass dies von den Staatsmännern des Jahres 1789 vollständig erkannt wurde. Produkte des Bodens, die Ergebnisse dieser Ackerbau-Arbeit, können zu den drei folgenden Classen gruppiert werden:

a. Pflanzennahrungsmittel, als Weizen, Reis, Kartoffeln, Mais u. s. w.

b. Produkte des thierischen Lebens, als Ochsen, Häute, Butter, Schweine, Speck, Hammel, Wolle.

c. Produkte des Bodens, andre als Nahrungsmittel, als Tabak, Baumwolle, Indigo, Hanf und alle Arten von Holz.

Die Vereinigten Staaten können während dieser Periode in vier Distrikte getheilt werden, nach den Ackerbau-Produkten, welche jeder hervorzubringen geeignet war. Neu-England und ein Theil von Neu-York umfassten den ersten; das Land vom Centrum Neu-Yorks nach der Südgrenze von Pennsylvanien den zweiten; Maryland und Virginien den dritten; die äusseren Südstaaten den vierten. Der Neu-England-Distrikt war ursprünglich bestimmt zur Hervorbringung von Ackerbau-Produkten der zweiten Classe. In den östlichen Staaten ist Rindvieh sehr zahlreich und gewöhnlich gross. Käse ist im Ueberfluss vorhanden. Kein europäischer Staat

1) Coxe »View of the United States.«

kann die Vereinigten Staaten in dem Artikel des gesalzenen Fleisches übertreffen. Schafe werden in allen Theilen des Landes gezogen, aber in Neu-England bilden sie einen der Gegenstände der grössten Sorgfalt des Farmers und eine seiner sichersten Einkommensquellen ¹⁾.

Die Weizen producirenden Staaten liegen im zweiten Distrikt. Im Jahre 1789 exportirte Pennsylvanien zwei Millionen Scheffel Weizen.

In den Debatten während des Convents von 1787 spricht Mr. Pitkin von dem Mehlhandel von Pennsylvanien und New-Yersey ²⁾. Virginia und Maryland exportirten auch grosse Mengen von Weizen, aber die hauptsächlichste Quelle des Reichthums für diesen dritten Ackerbau-Distrikt war die Tabak-Ernte. Vor dem Kriege exportirte Maryland jährlich dreissig und Virginia fünf und fünfzig Tausend Fässer (hogsheads) dieses Produkts. Die Südstaaten lieferten ausser etwas Tabak grosse Mengen von Reis und Indigo.

Die Reisernte in Süd-Carolina 1789 betrug ungefähr sechzig Millionen Pfund. Baumwolle war bis jetzt kein Produkt für die Südstaaten gewesen, wurde aber als ein Artikel betrachtet, für welchen eine künftige Nachfrage wohl möglich sei.

In Bezug auf mineralische Hilfsquellen war es bekannt, dass alle Staaten ausser Delaware Eisen enthielten und man glaubte, dass Virginia an Mineralien aller Arten am reichsten sei. Der Handel wurde für den zweitwichtigsten Erwerbszweig der Vereinigten Staaten erachtet.

Es ist unmöglich, genaue Kenntniss zu erlangen in Bezug auf Schiffe und Seeleute für die Periode, welche wir studiren.

Für das Jahr, welches mit dem 9. September 1790 endigte, beliefen sich die amerikanischen Schiffe, welche in ausländischem Handel gebraucht wurden, auf 365,093 Tonnen;

1) Die meisten dieser Thatsachen sind einem Aufsätze von Coxe »zur Belehrung von Einwanderern aus dem Auslande« entnommen.

2) Address before the Society of Political Inquiries of Philadelphia den 11. Mai 1787.

und amerikanische Küstenschiffe und Fischerboote auf 139,433 Tonnen ¹⁾. Im Jahr 1789 trugen von neunundachtzig fremden Schiffen in den Häfen von China fünfzehn die amerikanische Flagge, doch ist es wahrscheinlich, dass einige von ihnen englisches Capital repräsentirten ²⁾.

Dies giebt eine Idee über den Zustand des amerikanischen Handels, aber selbst diese Thatfachen waren den Mitgliedern des ersten Congresses nicht bekannt. Sie wussten im Allgemeinen, dass Neu-England den grössern Theil der amerikanischen Schiffe besass, und dass es bestrebt war, mit England zu wetteifern in dem Betriebe des amerikanischen Handels. Das Gesetz über den Tonnengehalt der Schiffe wurde im Hause vielmehr als eine politische denn als eine ökonomische Massregel behandelt. Die Manufakturen waren 1789 von verhältnissmässig geringer Wichtigkeit, da sie meistens beschränkt waren auf Artikel, welche man als einen Schritt von Rohstoffen entfernt betrachten kann: wie Mehl von Weizen, oder Schnupftabak von Tabak; darüber hinauszugehen erforderte Capital und Geschicklichkeit; keines von beiden besaßen die Staaten. Schiffbau war die einzige Ausnahme; viel bessere und billigere Schiffe konnten in den Vereinigten Staaten gebaut werden, als in Europa. Die Kosten eines eichenen Schiffes in Massachusetts waren ungefähr 24 mexikanischen Dollars per Tonne und solche von amerikanischer Ceder konnten für sechsunddreissig oder achtunddreissig Dollar per Tonne hergestellt werden. Ein tannenes Schiff kostete an der Ostsee fünfunddreissig, während ein eichenes Schiff in England, Holland oder Frankreich fünfzig oder sechzig Dollars per Tonne kostete ³⁾. Die Fabrikation von Rum in Neu-England und Bier in Pennsylvanien war sehr ausgedehnt. Das einzige Hinderniss für die letztere war der Mangel von schwarzen Quart-Glasflaschen, dies war dem Congress bekannt und erschien in dem Gesetz, indem es diesen Artikel von dem 10% Zoll ausnahm.

1) Pitkin »Commerce of the United States« Kapitel X.

2) »Mr. Phersons Annals of Commerce« S. 195.

3) Coxe »View of the United States« S. 100.

Fische zu trocknen, war ein ausgedehntes Geschäft in den östlichen Staaten. Wasser-, Wind- und Pferdekraft war die einzige angewendete Triebkraft, es gab keine Dampfmühlen auf dem amerikanischen Continent. Diese Thatsachen waren dem Congress wohlbekannt, wie man bei Lesen der Debatten wahrnehmen kann und dieses Gesetz von 1789 zeigt deutlicher als irgend ein folgendes bis zum Jahre 1794 das Resultat ökonomischer Ueberlegung und eine staatsmännische Zurechtlegung streitender Interessen.

3) Grundsätze der Besteuerung und des Handels.

Das Jahr 1776 hatte zwei Ereignisse von grösster Wichtigkeit zu verzeichnen. Das erste, die Erklärung der Unabhängigkeit von Seiten der amerikanischen Colonien, das andre, das Erscheinen eines Buches in England, welches betitelt war: »Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Wohlstandes der Nationen.« Das eine bezeichnet die Geburt einer Nation, das andre begründet ein industrielles System. Beide Ereignisse waren in Uebereinstimmung mit der Philosophie vollkommener Freiheit, für welche man in jener Zeit so dringend plaidirte.

Man kann leicht den Einfluss verfolgen, welchen das Buch auf die politischen und ökonomischen Gedanken der Vereinigten Staaten ausübte.

In den Zeitungen, Pamphleten, Reden und Briefen des Tages ist Adam Smith's Buch häufig citirt, und citirt als ein wohl bekanntes und allgemein sanctionirtes Werk. Als ein Beispiel dafür können wir einen Privatbrief betrachten von Fisher Ames, geschrieben als derselbe Mitglied des Congresses war. Indem er von Mr. Madison spricht, sagt er: »Er nimmt Grundsätze an, wie er sie in Büchern findet, eine seiner ersten Reden, in Bezug auf Schutzhandel ist aus Smith's Wohlstand der Nationen genommen. Die Grundsätze des Buches sind vorzüglich, aber ihre Anwendung auf Amerika verlangt Vorsicht« ¹⁾. Auf die Autorität von Gallatin gründet sich die Behauptung, dass die Urheber der Con-

1) Brief an Minot, den 29. Mai 1789, in Fisher Ames' Werken.

stitution, die Unterscheidungen, welche Adam Smith machte, im Sinne hatten, als sie in dieses Instrument die Ausdrücke: Kopfsteuer, directe und indirecte Steuern aufnahmen. Nachdem er diese Ausdrücke definirt hat, wie sie von ihm verstanden wurden, fährt er fort: »Es wird gestattet sein, diese Erklärung zu bekräftigen durch Citirung des Autors, von dem die Idee geborgt zu sein scheint.« Er bezieht sich dann auf Buch V, Capitel II des »Wohlstandes der Nationen« ¹⁾.

Diese Angabe ist von grosser Wichtigkeit, wenn man nach den Grundsätzen der Besteuerung und des Handels forscht, welche früher amerikanische Staatsmänner angenommen hatten. Die Theorie, welche ihre Meinungen beeinflusste, ist vollkommen bekannt, und es ist nur nothwendig, die Beschränkungen zu bezeichnen, welche auf ihre vollkommene Ausübung gelegt wurden, durch die thatsächlichen ausländischen und die ökonomischen Zustände, auf die sie angewendet werden musste. Die Theorie war, dass der Handel vollkommen frei sein sollte, dann würde er seine geeigneten Wege finden, denn dann würde jede Nation sich derjenigen Beschäftigung hingeben, für welche die Natur und ihre sociale Stellung sie geschickt gemacht hatte.

Madison bekannte sich selbst als einen Anhänger dieser Theorie, als er dem Hause die Motive für die Grundlage der ersten Zollgesetze vorlegte. »Nach meiner Meinung sollte der Handel so frei sein, als die Politik der Nationen es irgend erlaubt« ²⁾. Er sagte auch: »Ich selbst bin der Freund eines sehr freien Handelssystems« ³⁾, aber unter den bestehenden Bedingungen gab er die drei folgenden möglichen Ausnahmen zu:

1) So lange die Nationen, mit denen die Amerikaner handeln, Unterschiede machen, so lange müssen es die Vereinigten Staaten auch.

2) Dass jede Nation in sich selbst die Mittel haben

1) Gallatin »Sketch of the United States in 1796« S. 12.

2) Congress-Debatten April 8, 1789.

3) Vgl. »Rives Life of Madison« B. III. S. 13 und folg.

sollte, sich mit Artikeln zu versorgen, die für Kriegführung nöthig sind.

3) Wenn finanzielle Einnahmen sicherer und bequemer erlangt werden können durch Zölle auf den Import, als auf irgend eine andre Weise, so gebietet eine gesunde Politik die Auflegung derselben.

Das heisst: Madison hegt den Gedanken und er vertritt damit den vorwiegenden politischen Gedanken des Tages — dass ein hochorganisirter Zustand der Welt wünschenswerth sei, in dem die Grundsätze des Freihandels vollständig angewendet werden könnten; aber in Anbetracht der Thatsache, dass die Welt bis jetzt noch nicht zu diesem Grade der Civilisation gelangt sei, und dass aller Handel unter repressiven und einschränkenden Regulationen getrieben werde, müsse Amerika für seinen eigenen Schutz sorgen. Hätte es damals freien Absatz für den zunehmenden Ueberschuss der Ackerbauprodukte gegeben, so hat man allen Grund zu glauben, dass die Worte »Schutz und Förderung« sich niemals in die Debatten über das erste Tarif-Gesetz eingeschlichen haben würden¹⁾. Freihandel kann demnach als das Princip betrachtet werden, welches von den Staatsmännern angenommen wurde, obgleich nicht als die Politik, die die Regierung 1789 adoptirte.

Ein zweiter allgemein anerkannter Grundsatz war, dass keine Steuer oder Zoll auf Ausfuhrgegenstände gelegt werden sollte. Dies wurde für so wichtig gehalten, dass es in die Verfassung einverleibt wurde²⁾. Mr. Hamilton drückte die Ansicht des Congresses von 1782 aus, wenn er, als Antwort auf die Einwürfe von Rhode-Island gegen die Einfuhr-Acte sagte: »Steuern auf Besitz und auf Artikel unseres eigenen Erzeugnisses oder eigener Fabrikation, ob in der Form von Grundsteuer, Accise oder irgend einer andern, sind dem Handel schädlicher als Einfuhrzölle«³⁾. Die Congress-Debatten und die Briefe jener Zeit zeigen schliesslich, dass der

1) Vgl. »Hamilton's Report. on Manufactures.«

2) Art. I, §. 9, Cl. 7.

3) »Madison Papers.« B. I. Anhang III.

Ackerbau als der grösste Erwerbszweig Amerikas betrachtet wurde, dass man glaubte, die Ausfuhr aus dieser Quelle ableiten zu müssen und darum durch keine Form des Einkommen-Gesetzes denselben belasten zu dürfen¹⁾.

Was die schliessliche Wirkung der Steuern anbelangt, so erforderte die Fähigkeit eine indirekte Steuer durch verschiedene Formen zu verfolgen, und zu finden, auf wen sie zuletzt fallen wird, damals wie jetzt einen hohen Grad von Scharfsinn auf Seiten desjenigen, der eine solche Untersuchung auf sich nahm. Wenn man Hamilton als Autorität ansieht, so wurde es damals als Grundsatz angenommen, der über allen Widerspruch erhaben sei, dass jeder Zoll oder jede Abgabe mit in den Preis des Artikels begriffen ist und schliesslich von dem Consumenten bezahlt wird, mit einem Vortheil am Zoll, als eine Entschädigung für den Kaufmann für das Vorscheissen seines Geldes²⁾. Man kann sagen, es war allgemein anerkannt, dass die Steuer von jedem Artikel von dem Consumenten bezahlt werde, und daraus entsprang die Idee, welche in den frühesten Debatten so hervorragend erscheint, dass die Moral eines Volkes dadurch günstig beeinflusst werden kann, dass man hohe Zölle auf solche Artikel legt, die man als schädlich betrachtet.

Der zweite Theil von Hamiltons Behauptung ist fraglich, nicht was seine Wahrheit anbetrifft, sondern ob diese Wahrheit so allgemein, als über allen Widerspruch erhaben, anerkannt wurde. Tucker von Süd-Carolina gab dem Ausdruck, als er in seiner Rede gegen die Salzsteuer sagte: »Der Landmann wird dem Kaufmann einen Profit an dieser Steuer bezahlen«³⁾, aber dieses Ricardo'sche Princip fand zu vielen gelegentlichen Widerspruch, als dass man zugeben könnte, es sei allgemein angenommen worden.

Wenn man nach dem Gesetze der Vertheilung sucht, vorausgesetzt, dass die schliessliche Abwälzung der Steuer bekannt ist, so wird man finden, dass der erste Smith'sche

1) Vgl. Brief v. Madison an Jefferson v. Mai 1783.

2) Madison Papers. B. I. Anhang III.

3) Congress-Debatten, 16. Apr. 1789.

Grundsatz seinem ganzen Umfange nach adoptirt war. Die Vertheilung muss gleichmässig sein, und die Gleichheit sollte beurtheilt werden nach der Menge des Eigenthums, welches jedes Individuum besitzt ¹⁾. Wolcott definirte darnach eine Steuer als gleichmässig vertheilt, wenn sie weder ein Geschäft oder eine Profession zu fördern noch zu hemmen geeignet sei ²⁾. Der Plan, den die Vereinigten Staaten annahmen, um diese Gleichmässigkeit zu erreichen, ist in den drei folgenden Grundsätzen ausgesprochen:

a) Derselbe Gegenstand sollte in allen Fällen nach einer gleichförmigen Regel besteuert werden. Das Tarif-Gesetz, wie schon angeführt, zeigt, dass diese Regel der Uniformität streng befolgt wurde.

b) Jeder besteuerte Artikel sollte geschützt werden durch eine Steuer auf seinen Concurrenten. Diese Maxime tritt in dem Gesetze in der Thatssache hervor, dass die grosse Mehrzahl der Artikel lieber mit ad valorem als mit specifischen Zöllen belegt ist, und wenn ein Unterschied bezüglich der Stufe vorhanden, so besteht er nicht zwischen den Artikeln einer Classe, sondern zwischen den Classen der Artikel. In den Debatten ist dieser Grundsatz in noch weiterem Sinne ausgeführt, und auf die Steuerzahler angewendet.

Gewisse Mitglieder des Hauses opponirten gegen die Salzsteuer als ungleich, da sie von neuen Ansiedlern an den Grenzen bezahlt werden würde, welche sich auf das Aufziehen von Rindvieh zu ihrem Lebensunterhalt stützten. Man antwortete, dass dies die einzige Steuer sei, welche diese Classe erreichen würde und dass man die Gleichmässigkeit nicht nach der Steuer, die auf einen einzelnen Artikel gelegt werde, beurtheilen, sondern dass man das System als ein Ganzes betrachten solle ³⁾.

c) Unvortheilhafte Concurrenzen im ausländischen Markt sollten vermieden werden, durch Vergütungen oder Abzüge,

1) Works of John Adams, B. IX. S. 470. Vgl. die Congress-Debatten.

2) American State Papers. B. VII. S. 437.

3) Vgl. »Political Essays« 1783 von Pletiah Webster. S. 127.

der Steuermenge angemessen. Diese Maxime war die allgemeine Politik der ersten Periode der Besteuerung. Rückzölle, Ausfuhrprämien waren erlaubt bei exportirten Artikeln, die in den Vereinigten Staaten hergestellt waren, mit oder von Material fremder Produktion, welches Zoll bei der Einfuhr bezahlte; wie zum Beispiel: Spiritus, aus Melasse destillirt, und gesalzenes Fleisch aller Art. Sie waren auch erlaubt bei Artikeln, die Accise-Abgaben bezahlten.

Eine Thatsache verlangt ferner Beachtung für das vollkommene Verständniss des ersten Einkommen-Gesetzes, obgleich sie sich eher auf die öffentliche Meinung als auf ökonomische Grundsätze bezieht. Die Mitglieder des ersten Congresses standen in Furcht vor ihren Wählern und wünschten nicht in Opposition zu kommen gegen den übermässigen Geist der Freiheit, der unter ihnen vorhanden war. Die Frage, was soll getragen werden, wurde zugleich mit der Frage in Erwägung gezogen, was wird rathsam sein?

Es ist nun möglich, das Problem zu definiren, wie es den Staatsmännern von 1789 erschien. Die Bedingungen dieses Problems waren: 1) Den öffentlichen Credit zu erhöhen, indem man für ein jährliches Einkommen von 8,285,000 Dollars sorgte ¹⁾.

2) Nichts den Ackerbau Schädigendes zu verordnen.

3) Alle einheimischen Erwerbszweige zu schützen vor den Nachtheilen, welche, unter der conföderativen Regierung, aus den Handelsregulirungen fremder Nationen entstanden.

Wenn man in Bezug auf die vorher angeführte historische Frage sich daran erinnert, dass diese Bedingungen durchgeführt werden sollten von Männern, die theoretisch zu Freihandels-Doctrinen sich bekannten, welche das Princip der Gleichheit in der Vertheilung der Steuern annahmen, und welche genügenden Scharfsinn besaßen, die wahrscheinliche Wirkung der Steuern, welche sie auflegten, zu bestimmen; so muss das Gesetz, welches das Resultat ihrer Berathungen war, sie davon freisprechen, dass sie sich an irgend etwas

1) Am. St. Pap. finance B. I. S. 11.

wie die Idee Carey's vom Schutzzoll hielten, und das Urtheil muss als ungerecht anerkannt werden, das sie verantwortlich dafür machen wollte. Das Aussehen eines Gesetzes ist oft von dessen Geist verschieden, wenn man es in dem Lichte einer hundertjährigen Erfahrung betrachtet. In jedem beratenden Körper wird es nur Diskussionen über streitige Punkte geben; das, was von Allen angenommen ward, wird nicht in den Urkunden solcher Debatten erscheinen. Dies ist der Grund, wesshalb die Freihandels-Doctrin, als eine Doctrin keine kräftige Vertheidigung hervorruft als zwanzig Jahre später.

Die Einleitung des Gesetzes enthält allerdings den Satz »für die Förderung und den Schutz der Manufakturen«, aber wenn irgend eine weitere Erklärung dieses Satzes verlangt wird als die, welche man aus den oben angeführten Bedingungen ziehen kann, an welche das Gesetz sich halten sollte, so kann sie in der Petition der Mechaniker und Fabrikanten von Neu-York gefunden werden, welche, in Verbindung mit andern von derselben Natur, höchst wahrscheinlich zu folgender Auslassung Veranlassung gab: »Die Petenten glaubten frühzeitig, fürchten zu müssen, dass ihr Land, nachdem es die Form der Freiheit errungen hatte, in den Händen seiner Feinde das Werkzeug der Unterdrückung, und den Willen dieselbe auszuüben, gelassen habe. Sie bemerkten bald, dass ihre Aussichten auf zunehmenden Wohlstand vernichtet würden durch ein System commerzieller Anmassung, das in Vorurtheilen seine Wurzel habe, und von einer schwachen Regierung gefördert werde«¹⁾.

Der Unterschied zwischen der Doctrin des Schutzzolls, wie sie in dem Gesetz erscheint, und der Carey'schen Doctrin ist der: die erste ist Schutz gegen »commerzielle Anmassung«, die zweite gegen ausländische Concurrenz; die Wirkung der ersten war, einem unnatürlichen Zustand der Gesellschaft zu begegnen, diejenige der zweiten ist, einen solchen Zustand zu schaffen und zu erhalten; die erste war eine Wahl zwischen

1) Am. St. Pap. B. VII. S. 9.

zwei Uebeln, die andre hält dafür, dass der Fortschritt der Cultur und das Zunehmen des Vermögens einer Nation nur möglich sei unter einem Schutzsystem.

Die ökonomische Frage, welche an dieses Gesetz sich anknüpft, verschiebe ich, bis man mehr erfahren haben wird von dem System im Ganzen, wo dann die Resultate verglichen werden können mit correspondirenden Thatsachen in Bezug auf directe und indirecte Besteuerung.

Die zweite wichtige Einfuhr-Acte datirt vom 2. Mai 1792. Durch diese wurde das Gesetz von 1789 wiederholt und ein neues Gesetz erlassen, welches, wenn auch mit Modificationen, vierundzwanzig Jahre in Kraft blieb. Die dazwischen liegende Zeit war eine Periode finanzieller Diskussionen im Congress gewesen, und die Gesetzgebung über diesen Gegenstand war nicht eine so schwierige und unsichere Angelegenheit, als 1789. Das Resultat des ersten Census war bekannt, die öffentliche Schuld, vermehrt durch fünfundzwanzig Millionen Schulden der einzelnen Staaten, war beinahe ganz fundirt, eine National-Bank war errichtet worden, man hatte Schritte zu nationaler Münzprägung gethan, und unter den vielen Berichten, die dem Congress vorgelegt wurden, war jener berühmte von Hamilton über die Manufakturen. Dieser Bericht wurde vorgelegt am fünften Dezember 1791¹⁾. Er bezeichnet deutlich die Ideen des Staatssecretsairs in Bezug auf die wirthschaftlichen Fragen und da das permanente Finanzgesetz von 1792 vollkommen in Uebereinstimmung war mit der Politik, die der Bericht vertheidigte, so wird es angebracht sein, die hervorragenden Punkte desselben zu beachten. Der Bericht gab zu, dass die Bebauung der Erde »die ursprünglichste und sicherste Quelle nationalen Einkommens sei, und dass sie aus vielen Gründen einen starken Anspruch auf den Vorrang über jede andre Art von Erwerbsthätigkeit in sich trage.« Doch die Doctrin, welche zuerst von Quesnay vor dreiunddreissig Jahren vorgebracht worden war, dass Land die einzige Quelle des Wohlstandes sei, und dass Manufak-

1) Am. St. Pap. B. VII. S. 195.

turen nichts zum National-Vermögen hinzusetzen, wurde betrachtet »als mehr auf subtilen und paradoxen, als auf soliden und überzeugenden« Argumenten beruhend. Diese Doctrin hatte Vertheidiger in Amerika und es ist gewiss, dass Hamilton die Schule der Physiocraten im Sinne hatte, als er diese Anmerkungen machte, denn die Argumente, die er vorbrachte im Gegensatz zu dem Gedanken, dass Ackerbau »die einzige productive Art des Erwerbes sei«, sind blos Verdichtungen der fünf Punkte, welche Adam Smith gegen die Theorie von Quesnay ¹⁾ einwendet. Obgleich er diese Idee stark bekämpft, so stellt Hamilton doch nicht die Behauptung auf, dass Manufakturen in höherem Grade productiv seien als die Urproductionen, sondern nur, dass das Gegentheil nicht so klar erwiesen sei, um Erwägungen zu ihren Gunsten von vornherein desswegen auszuschliessen, weil sie darauf hinauslaufen würden, die Arbeit von einer einträglicheren zu einer weniger einträglichen Beschäftigung abzulenken. Von den sieben Gesichtspunkten, die der Bericht vorbringt, um zu zeigen, dass Manufakturen für das Land derzeit wichtig seien, ist der am eindringlichsten von dem Autor befürwortete, der: einen heimischen Markt für Ackerbau-Producte zu schaffen. »Fremde Nachfrage ist eher zufällig und gelegentlich, als sicher und beständig«, doch wurde sogar dieses nur in Anbetracht des existirenden europäischen Systems nachdrücklich geltend gemacht. Die Staaten »können ohne Schwierigkeit ihre Bedürfnisse an Industriegegenständen von aussen erhalten — — aber sie begegnen zahlreichen und sehr starken Hindernissen bei der Ausfuhr und dem Verkauf ihrer eigenen Artikel.« Von Wichtigkeit für das Volk der Vereinigten Staaten war es, zu erwägen, »durch welche Mittel sie sich am unabhängigsten machen konnten von den richtigen oder falschen Combinationen fremder Politik.«

Vielleicht am meisten charakteristisch für den Geist dieses Berichts, und zugleich interessant für die Kenntniss der wirthschaftlichen Verhältnisse Amerikas ist die Parallele

1) Vgl. »Wealth of Nations« Buch IV. Kapitel IV. und »Hamilton's Works« B. III. S. 196—197.

die Hamilton zieht zwischen den Vortheilen der natürlichen und socialen Lage Europas und Amerikas in Bezug auf Manufakturen.

Günstige Punkte für

die Vereinigten Staaten	Europa
a) Kosten des Rohstoffs.	b) Kosten für Lohn.
c) Keine Kosten für Agenten.	
d) Keine Transportausgaben.	
e) Keine Einfuhrzölle.	

Auf beide Theile gleich anwendbare Gesichtspunkte.

f) Die Ausgabe für Gebäude, Maschinen, Grund und Boden, Werkzeuge u. s. w.

g) Zins und Unternehmergeinn.

Dieser Vergleich zeigt, dass der Staatssecretair von Amerika nur die Fabrikation für seinen eigenen Bedarf erwartete, sonst würden die Erwägungen (c) (d) und (e) für beide gemeinschaftlich gewesen sein. Er zeigt ferner, dass sich die Industrien nur mit Rohstoffen heimischer Produktion beschäftigen sollten, sonst wären die Gesichtspunkte (a) und (e) beziehungslos gewesen. Weder die eine noch die andere Forderung ist in Harmonie mit der Doctrin, dass der Schutz Zoll an und für sich dahin tendire, einen Staat zu bereichern, indem er ihn mehr zu einer fabricirenden, als zu einer Rohstoffe erzeugenden Gemeinschaft mache. Ein einziges Wort sei noch hinzugefügt über diesen Freihandel und Schutzzoll-Streit und dieser Aufsatz braucht sich nicht ferner damit zu beschweren, zum Behuf eines klaren Verständnisses der ersten Periode der Tarif-Gesetzgebung in diesem Lande.

Es muss zugegeben werden, dass Mr. Hamiltons Bericht und das Gesetz von 1792, das sich darauf gründete, der wahren protectionistischen Theorie einen Schritt näher waren, als die Stellung, die der Congress 1789 einnahm. Von dieser Zeit bis 1816 wurden die Petitionen zahlreich, welche um Schutz baten für »Erwerbszweige, die noch in der Kindheit seien« (infant industries). Besonders 1802, als die Kriegs-

fracht von dem Preise ausländischer Waaren abging, als das Resultat des zeitweiligen Friedens in Europa, strömten diese Petitionen in den Congress. Ein Satz aus dem Bericht des Comités der Abgeordneten von 1804 wird einiges Abweichende zeigen von der Position, auf die Hamilton Nachdruck legte. Der Bericht sagt ¹⁾: »Die Frage entsteht, ob wir Rohstoff und Nahrung den Fabrikanten in unserm, oder im fremden Lande geben sollen.« Die Wahrheit scheint zu sein, dass im Geiste des amerikanischen Volkes ein allmähliges Aufsteigen stattfand von »Schutzzoll gegen Usurpation«, zu »Schutzzoll gegen natürliche Concurrrenz«, bis die Doctrin 1816 solche Proportionen angenommen hatte, dass sie offenen Widerstand herausforderte. Das Datum, welches man als bezeichnend für das Entstehen des Freihandels-Streites, wie er nun verstanden wird, angeben kann, ist der vierte April 1816, an welchem Tage Mr. Tucker (nicht, wie andre Berichte sagen, Mr. Randolph) ein Amendement zur Tarif-Bill, die damals verhandelt wurde, einbrachte, dessen Absicht war, die Baumwollen-Manufacturen vom Schutzzoll zu entlasten. Mr. Calhoun, der um diese Zeit Worte aussprach, welche nicht »die Sanctionirung seiner reiferen Erfahrung und Ueberlegung hatten«, sprach gegen den Vorschlag.

»Die Debatte handelte bis jetzt«, sagte er, »über den Grad des Schutzes, der gewährt werden soll. Der gegenwärtige Vorschlag hat ein ganz neues Aussehen, er ist zugestandener Maassen eingebracht, auf Grund der Meinung, dass Manufacturen keine Förderung irgend welcher Art erfahren sollten« ²⁾. Ich glaube, die Behauptung aufstellen zu dürfen, dass die extreme schutzzöllnerische Idee, als eine politische Doctrin, vor 1816 nur geringen Einfluss auf die wirthschaftliche Politik Amerikas gehabt hat.

Wie schon früher angeführt wurde, brachte das Gesetz von 1792 die Politik zur Geltung, die in dem Bericht über die Manufacturen vertreten war.

1) Am. St. Pap. B. VIII. S. 81. = Finance art. II.

2) »Works of Calhoun« B. II. S. 163.

Der Unterschied zwischen dem durch den Congress gebilligten Gesetz und dem von Hamilton am 17. März vorgelegten Plan ist sehr gering, und besteht in mehr detaillirten Specificirungen, und in wenigen Fällen in unbedeutend erhöhten Zöllen. Die Abweichungen dieses Gesetzes von dem 1789er bestehen darin, dass höhere Raten auf alle Artikel gelegt werden. Weine bezahlten von 20 bis 50 Cent per Gallone nach der Qualität, und die nicht specifisch taxirten wurden mit 40 Procent ad valorem Zoll belastet. Spiritus aus Korn destillirt 28—50 % per Gallone, Spiritus aus andern Substanzen destillirt 25—40 % per Gallone. Im Ganzen trugen 16 Classen von Artikeln specificirte Zölle. 9 Classen von Artikeln waren mit 15 % ad valorem besteuert und 18 Classen mit 10 %. Alle andern nicht erwähnten Artikel wurden mit einem Zuschlagszoll von $2\frac{1}{2}$ % belegt, so dass diese Rate nun $7\frac{1}{2}$ % machte.

Die Liste freier Waaren aus der Acte von 1789 wurde unverändert gelassen, mit der Ausnahme von Baumwolle, auf welche eine Steuer von 3 Cents per Pfund gelegt wurde¹⁾, aber die Liste wurde vermehrt, so dass eingeschlossen war Kupfer in Klumpen und Stangen, lapis calaminaris, unverarbeitete Wolle, Holz und Schwefel. Zu allen diesen Zöllen wurde, wie in dem früheren Gesetz, ein Extrazoll von 10 % der regelmässigen Rate zugeschlagen auf alle Waaren, welche in andern, als amerikanischen Schiffen eingeführt würden.

Die Tarif-Politik der Vereinigten Staaaten, die die vier ersten Administrationen gestaltete, mag nun als hinlänglich erörtert angesehen werden. Es liegt nicht in meiner Absicht, ausführlich von jeder neuen Modification des Finanzgesetzes zu sprechen. Die zunehmenden Bedürfnisse der Verwaltung, die aus kriegesischen Beziehungen zu fremden Mächten entstanden, und die Nothwendigkeit, die Grenzen vor feindlichen Indianern zu beschützen, verlangten, um Vertheidigungsmassregeln ergreifen zu können, ein zunehmendes Einkommen aus

1) Ein Paragraph des Gesetzes von 1789, dahin amendirt, dass er erst 1790 in Wirksamkeit treten sollte.

Zöllen sowohl, als die Auflage von neuen Steuern. Um alle lästigen Angaben und zwecklose Statistik zu vermeiden, ist es meine Absicht gewesen, in dem folgenden Diagramm einen correcten Wegweiser zu geben für das Zunehmen der Rate der Besteuerung von der Gründung der Regierung an bis 1816.

Nur die charakteristischen Jahre und die charakteristischen Artikel sind angegeben. Die Tafel zeigt nur die Raten, die auf den Artikeln lagen, wenn sie in amerikanischen Schiffen importirt wurden; dieselben Artikel, wenn sie in fremden Schiffen eingeführt wurden, waren, wie bemerkt, einem Mehrzoll von einem Zehntel der vorgeschriebenen Rate unterworfen. S. Tafel I auf folgender Seite.

Nach der Tabelle können die folgenden Thatsachen zusammengestellt werden. Im Jahre 1794 war eine Vermehrung eingetreten in der Rate der Steuern, die zwischen $2\frac{1}{2}$ bis 5 % variirte; das Jahr 1804 zeigt eine gleichförmige Vermehrung von $2\frac{1}{2}$ % an allen importirten Waaren, die ad valorem Zölle bezahlten; und durch die Akte von 1812 wurden die bestehenden Zölle verdoppelt.

Das Gesetz von 1792 war betitelt: »Eine Akte, um eine fernere Geldsumme zu erhalten für den Schutz der Grenzen.« Die Akte von 1794 specificirte keinen Gegenstand, und in Anbetracht sowohl der auswärtigen, als der inneren Angelegenheiten war es wahrscheinlich unnöthig. Auf den ersten Blick scheint es, als seien diese vermehrten Steuern zu Schutzzwecken aufgelegt worden, da sie auf diejenigen Waaren angewendet wurden, welche seitdem Gegenstände dieser Politik geworden sind; aber bei fernerer Erwägung wird man sehen, dass diese Akte in vollkommener Uebereinstimmung war mit dem Principe der »Gleichheit«, wie dasselbe damals verstanden wurde, da die Auflage neuer Zölle allgemein und gleichförmig war.

Dass dieser Schluss nach obiger Tabelle correct ist, kann aus dem Bericht des Comité gezeigt werden, welchem im Jahre 1794 vor der Berathung der Einkommensakte gewisse Petitionen überwiesen wurden, die um Industrien baten. Der letzte Satz in diesem Bericht ist: »Das Comité ist darum

der Meinung, dass es nicht angezeigt erscheint, zu dieser Zeit die Bitte der Petitionirenden zu gewähren.«

Die $2\frac{1}{2}$ % Vermehrung der Zölle auf alle in amerikanischen Schiffen importirten Waaren, aufgelegt durch die Akte von 1804, hatte den Zweck, den Handel und die Seeleute gegen die Raubstaaten zu schützen und bildete den sog. »Mittelmeerfonds.« Es war vorgesehen, dass dieser Fond drei Monate nach dem Friedensschluss mit Tripoli auflösen sollte. Dieser geschah 1805, aber der Fonds wurde fortgeführt durch jährliche Acte bis 1813, wo er permanent gemacht wurde und in Kraft blieb bis zum 3. März 1815.

Die Verdoppelung aller Zölle wurde ausdrücklich eine Kriegssteuer genannt, und wurde zu dem Zwecke aufgelegt, die Mittel zu liefern, um jenen Kampf fortzusetzen. Ob es politisch war oder nicht, die Rate der Zölle auf Importgegenstände am Abend eines commerziellen Krieges zu vermehren, wird später betrachtet werden.

Die Tonnengehalt-Gesetze für die unter Betrachtung stehende Periode sind sehr einfach. Im Mai 1789 ging im Hause der Abgeordneten eine Resolution durch dahin gehend, dass in Amerika gebaute Schiffe, Bürgern der Vereinigten Staaten gehörig, beim Eingang in irgend einen Hafen des Landes einen Zoll von 9 Cent pro Tonne bezahlen sollten; wenn im Auslande gebaut, aber amerikanischen Bürgern gehörig, 6 Cent pro Tonne; Schiffe, die Unterthanen ausländischer Mächte gehörten, mit denen die Vereinigten Staaten Handelsverträge hätten, 30 Cent pro Tonne; und Schiffe, Unterthanen irgend anderer Mächte gehörig, sollten 50 Cent pro Tonne bezahlen ¹⁾. In diese Unterscheidung zwischen fremden Nationen wollte der Senat nicht einwilligen, und das Haus war genöthigt, obgleich sehr mit Widerstreben, dieselbe aufzugeben. Dieses scheint Madisons Lieblingspolitik gewesen zu sein; sie war gegründet auf den Gedanken, dass eine unfreundschaftliche fremde Macht zu freundschaftlichen Beziehungen gezwungen werden könne,

1) Annals of Congress e. s. B. I. S. 302 Mai 7.

durch Unterscheidungen commerzieller Regulirungen. Die politische Bedeutung der Debatten über diese Frage ist sehr gross, da die in ihnen ausgedrückten Meinungen die Anfänge jener beiden Grundsätze in Bezug auf auswärtige Politik bezeichnen, welche in der That viele Jahre die innere Politik beherrschten.

Die Tonnengehalt - Akte, wie sie angenommen wurde, machte keinen Unterschied zwischen auswärtigen Mächten, obgleich die Begünstigung, die sie der amerikanischen Schifffahrt gewährte, im klarsten Lichte und in der zwingendsten Art dasjenige darstellen, was man die Schutzzoll-Politik von 1789 nannte ¹⁾. Diese Akte verordnete, dass amerikanische Schiffe 6 Cent pro Tonne; in Amerika gebaute, aber Fremden gehörige, 30 C., und auswärtig gebaute und besessene 50 Cent pro Tonne beim Eingang in irgend einen amerikanischen Hafen bezahlen sollten.

Die auswärtigen Beziehungen, in Anbetracht welcher das erste Tarif-Gesetz verfügt wurde, sind schon angedeutet, und die allgemeine Politik, welche keine radikale Veränderung vor 1816 erlitt, ist erklärt worden.

Um zu einem klaren Verständniss der Wirksamkeit dieser Gesetze zu gelangen, muss die erste Untersuchung etwas weiter verfolgt und diejenigen Ereignisse europäischer Politik, welche in irgend einer Weise die Quelle afficirten, aus der dieses Einkommen gezogen wurde, müssen gekennzeichnet werden.

Die Periode ist diejenige, in welcher die europäischen Bewegungen stattfanden, welche den Ausbruch der französischen Revolution begleiteten und demselben folgten. Im Jahre 1793 gingen England, Russland, Spanien, Preussen und Deutschland Verträge ein, welche, ausser dem Verbot der Ausfuhr von Vorräthen aus ihren eigenen Häfen nach Frankreich, die contrahirenden Parteien verpflichteten, »alle andern in ihren Kräften liegenden Maassregeln zu ergreifen, den Handel Frankreichs zu schädigen«, und ihre Anstrengungen

1) Gesetz vom 20. Aug. 1789.

zu vereinigen, »andre nicht in diesen Krieg verwickelte Mächte zu verhindern, bei dieser Angelegenheit von allgemeinem Interesse für jeden civilisirten Staat, einen Schutz irgend welcher Art, direct oder indirect, in Folge ihrer Neutralität, dem Handel und dem Eigenthum der Franzosen, zur See oder in den Häfen Frankreichs, zu geben« ¹⁾).

Die Vereinigten Staaten waren die einzige Nation von Bedeutung in der westlichen Welt, welche nicht in diesen Streit gezogen war, und die Politik, welche sie annahm, war, die stricteste Neutralität zu erhalten. Am 16. December 1793 legte Jefferson, damals Staatssecretair, dem Congress einen Bericht über die Handelsbeziehungen vor, welche die Vereinigten Staaten mit den Nationen der Welt unterhielten. Aus diesem Berichte geht hervor, dass es die Politik der europäischen Staaten war, entweder durch Edikt oder hohe Zölle alle amerikanischen Produkte zu verbieten, welche, sogar mit grösseren Kosten für sie selbst, aus ihren eigenen Kolonien bezogen werden konnten, und so für sich den ihre Bedürfnisse versorgenden Handel ihrer eigenen Besitzungen zu behalten.

Um sich diesen Beschränkungen entgenzustellen, wusste Jefferson nur zwei Methoden, nämlich: freundschaftliche Beziehungen, oder Maassregeln, die das Gegengewicht hielten. Er zog die erste Methode durchaus vor, »würde nur eine einzige Nation mit den Vereinigten Staaten dieses System des Freihandels beginnen, so würde es rathsam sein, ihn mit dieser Nation anzufangen«, aber da keine Nation gewillt war, in solche Beziehungen einzutreten, so war es sein Rath an den Congress, Maassregeln anzunehmen »gegründet auf Gegenseitigkeit«, jeder Nation genau das wiederzugeben, was die Vereinigten Staaten von ihr empfangen ²⁾).

Auf diesen Bericht gründeten sich die berühmten Resolutionen von Madison, welche, im Zusatz zu den Differential-

1) Um diese Zeit drückt sich der Umfang des amerikanischen Transporthandels für Frankreich im Vergleich mit demjenigen für England, durch das Verhältniss von 3¹:10 aus,

2) Am. St. Pap. B. I. S. 300.

Tonnengehalt-Abgaben, die den Vereinigten Staaten befreundete Nationen begünstigend, Specialzölle auf Leder, Metalle, Baumwolle, Wolle, Leinen und Seide vorschlugen, welche die Produkte solcher Nationen waren; und in Bezug auf den Handel mit West-Indien, Zuschlagzölle auf alle Importe von fremden Schiffen aus Häfen, zu denen amerikanische Schiffe nicht zugelassen wurden. Diese Resolutionen, welche die Politik von 1789 wieder ins Leben riefen, hatten nicht die Zustimmung des Hauses.

John Jay wurde 1794 nach England gesandt, zum Zwecke der Verhandlung eines Handelsvertrages mit Grossbritannien, welcher den Vereinigten Staaten die Privilegien sichern sollte, auf welche sie auf offenem Meer Anspruch hatten, aber welche zum mindesten gehindert waren durch den Vertrag, welchen die verbündeten Mächte eingegangen waren. Es war gewiss eine geeignete Zeit für die Verhandlung eines solchen Vertrages, da der britische Handel für die Zeit unthätig war, und die britischen Colonien aus Mangel an Mitteln, ihre Produkte auszuführen, zu leiden begannen. Die folgende Tabelle wird diese Behauptung erhellen.

Tabelle II.

Jahr.	Amerikanische Schiffe im auswärtigen Handel gebraucht.	Brittische Schiffe im amerikanischen Handel gebraucht.
1789	127,329 Tonnen.	94,110 Tonnen.
1792	414,679	206,065
1794	525,649	37,058
1796	675,046	19,669

Es gelang Jay einen Vertrag zu Stande zu bringen, welcher wechselseitigen Handel zwischen den britischen Besitzungen in Europa und den Vereinigten Staaten gestattete, aber der 12. Artikel verbot den Export nach Europa für solche Artikeln, die das Produkt Westindiens wären, und beschränkte den Handel der Vereinigten Staaten mit den

brittischen Kolonien auf den Umfang ihres eigenen Consums. Dieser Artikel wurde vom Congress verworfen, so dass der westindische Handel unter den früheren Bedingungen fortgeführt wurde, den Einschränkungen des brittischen Conseils unterworfen bleibend und eher auf Duldung als auf stipulirtem Rechte gegründet¹⁾. Um die Verfügungen des Vertrages mit den vereinigten Mächten auszuführen, wurde der brittische Befehl vom 6. November 1793 ausgegeben, welcher Kreuzer instruirte »aufzuhalten und zurückzuhalten zu gesetzlicher Aburtheilung, alle Schiffe, mit Waaren beladen, die das Produkt irgend einer französischen Kolonie wären, oder welche Vorräthe oder andre Bedürfnisse für den Gebrauch irgend einer solchen Kolonie trügen.« Durch nachfolgende Befehle wurde die Schärfe des ersten etwas verringert, bis, durch einen Befehl im Januar 1798, »diese Indulgenz«, wie sie genannt wurde, den Neutralen erlaubte, die Produkte der Feindes-Kolonien zu führen, nicht nur bis zu ihren respectiven Ländern, sondern auch nach Gross-Britannien. Diese Indulgenz blieb in Kraft bis zum Frieden von Amiens.

Die französische Politik, in Bezug auf den Vertrag der verbündeten Mächte, wurde wesentlich ausgedrückt in einem Decret von 1796, welches erklärt, dass »die Franzosen neutrale Nationen in der Art behandeln würden, wie letztere den Engländern erlaubten, sie zu behandeln«²⁾. Im Jahre 1797 verlangte man von amerikanischen Schiffen ein »rôle d'équipage« mit hinaus zu nehmen, unter Androhung der Strafe, »als gute Prise« erklärt zu werden.

Entgegengesetzt den Stipulationen des Vertrages, welcher erklärte, dass der Satz »freie Schiffe freie Ladung« gelte, wurde 1798 ein Decret ausgegeben, welches verfügte, dass der Character der Schiffe durch denjenigen ihrer Ladungen bestimmt werden sollte, und dass jedes Schiff, welches Waaren an Bord habe, die von brittischen Besitzungen kämen, sollte als »gute Prise« betrachtet werden, wer immer der Eigenthümer der Waare sein möchte.

1) Vgl. Barring »Causes and Consequences of Orders in Council« p. 24.

2) Seybert's Statistical Annals. S. 74.

Zeitschr. f. Staatsw. 1879. II. Heft.

Hätte Frankreich eine Flotte zur kräftigen Ausführung dieser Decrete besessen, so hätte der amerikanische Handel vernichtet werden können; aber aller Wahrscheinlichkeit nach wurden diese Decrete ausgegeben, eher mit Rücksicht auf ihre Wirkung auf die amerikanische Politik, als auf den britischen Handel. Die Antwort, welche der amerikanische Congress auf diese französischen Anmassungen gab, war, den Kauffahrteischiffen das Privilegium zu gestatten, sich selbst vor dem Untersuchen und Ergreifen zu vertheidigen, den französischen Vertrag von 1778 für null und nichtig zu erklären, und für erlaubte Prise jedes armirte Schiff zu erklären, welches unter französischer Flagge segelte.

Während dieser Periode hatte Amerika, als die einzige grosse neutrale Nation, sich der Führung des Transportgeschäfts von Europa erfreut. So lange der temporäre Friede, der dem Verträge von Amiens folgte, dauerte, wurde der Handel der Vereinigten Staaten auf die Beförderung ihrer eigenen Produkte eingeschränkt; aber bei der Erneuerung der europäischen Feindseligkeiten sicherte ihre neutrale Stellung ihnen wieder den lucrativen, westindischen Handel. Das Jahr 1807 gilt gewöhnlich als für den Rückgang des amerikanischen Handels bezeichnend. Es ist das Jahr des Erlöschens des Jay'schen Vertrages, aber die commerziellen Privilegien, welche er gewährte, erscheinen nicht von genügender Wichtigkeit, dass die Entziehung derselben den nachfolgenden Verfall des amerikanischen Handels bewirkt haben sollte.

Napoleon wusste, dass Englands Lebensfähigkeit in seiner commerziellen Ueberlegenheit lag, und diese zu vernichten, war der Gegenstand seines Berliner Decretes. Dieses Decret, welches am 21. November 1806 erschien, schloss alle europäischen Häfen für Gross-Brittannien, und drohte mit dem Ergreifen amerikanischer Schiffe, die mit britischen Waaren handelten. Die Erwiderung Englands auf dieses Decret unterwarf alle Schiffe der Untersuchung und die, welche für diejenigen Häfen bestimmt waren, von denen die britische Flagge ausgeschlossen war, waren zwangsweiser Zurückhal-

tung unterworfen. Das Mailänder Decret — December 17, 1807 — erklärte, dass jedes Schiff, das sich solcher Untersuchung unterwerfen würde, als »denationalisirt« angesehen werden sollte. In Amerika war die französische Partei im Aufsteigen begriffen, und ihre Regulirungen waren eher auf England, als auf Frankreich abgezielt.

Im Jahre 1807 legte der Congress eine Handelssperre auf die ganze amerikanische Schifffahrt, vermittelst welcher man England die Abhängigkeit seiner Manufakturen von den amerikanischen Rohstoffen fühlbar zu machen gedachte. Obgleich schmerzlich in England empfunden, wie die vielen Petitionen ans Parlament, zu denen die Handelssperre Veranlassung gab, beweisen, gelang es ihr doch nicht, die Politik dieses Landes zu ändern, und, so stark war die Opposition gegen die Maassregel in den Vereinigten Staaten, dass, nachdem sie Modificirungen unterworfen worden, durch welche sie zu einer Zeit eine »Nicht-Ausfuhr«-Acte, zu einer andern eine »Nicht-Verkehr«-Acte zwischen Gross-Britannien und Frankreich war, die Handelssperre im Juni 1809 aufgegeben wurde.

Der Krieg von 1812 mit seinen nothwendigen Handelsbeschränkungen schliesst dieses Kapitel commerzieller Verordnungen, Decrete und Regulirungen, deren Wichtigkeit niemals vollständig anerkannt worden ist, bei der Würdigung des ökonomischen Werthes der Grundsätze, auf welche die erste Periode der Tarifgesetzgebung gegründet ist.